

INFORMATIONSDIENST

der

J U N G E N U N I O N D E U T S C H L A N D S

(Beilage zum DUD, Ausg. C. Nur zum internen Gebrauch!)

Frankfurt a.M., Bettinastr. 64, Tel. 77906

7. Januar 1948.

Nr. 1

Mitteilungen des Bundessekretariates.

Der INFORMATIONSDIENST der JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS sollte gemäß Beschuß des Deutschlandrates vom 17.11.1948 und Vereinbarung mit dem Generalsekretariat der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU bereits vom 1.12.1948 an erscheinen. Es ist nur aus verschiedenen Gründen etwas später geworden; wenn wir unseren Informationsdienst nun heute trotz aller Schwierigkeiten zum 1. Male verschicken können, verdanken wir das in erster Linie dem Entgegenkommen des Generalsekretariates der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU; denn die von den Vertretern der Landesverbände bei der Deutschlandrats-Tagung in Königstein i.Ts. zugesagten Mindestabnehmerzahlen wurden bedauerlicherweise bisher im allgemeinen nur zu einem geringen Bruchteil erfüllt.

Das Bundessekretariat bittet nochmals dringend alle Landes-, Kreis- und Ortsverbände der JU um ihre Mitarbeit an unserem Informationsdienst. Nur wenn wir laufend aus allen Teilen Deutschlands Nachrichten erhalten und über alles, was in der JU geschieht, möglichst rasch in Kenntnis gesetzt werden, kann der Informationsdienst auch wirklich zu einem aktuellen Informations- und Mitteilungsorgan werden.

Die ursprünglich für den 15./16. Januar 1949 nach Königswinter angesetzte Tagung des Deutschland-Rates mußte aus organisatorischen Gründen verschoben werden. Der Vorsitzende des Deutschland-Rates hat als neuen Termin den 29./30. Januar 1949 vorgesehen. Inzwischen ist aber von einer Reihe von Landesverbänden der Wunsch geäußert worden, die Tagung erst Mitte Februar durchzuführen. Das Bundessekretariat bittet daher die Landesverbände möglichst umgehend um Mitteilung und Begründung ihrer Terminwünsche, damit die endgültige Festlegung rechtzeitig erfolgen kann und die Durchführung der organisatorischen Vorbereitungen gewährleistet ist.

Paul Sagener, der Vorsitzende des Deutschland-Rates der JU, gab zu Beginn seiner Tätigkeit folgende Erklärung ab:

"Auf der letzten Sitzung des Deutschland-Rates der JU am 17.11.1948 in Königstein i.Ts. ist der bisherige Vorsitzende, Dr. Bruno Six, Düsseldorf, aus Gesundheitsrücksichten und auf Grund der starken Arbeitsüberlastung von seinem Amt zurückgetreten."

Mit Dr. Six scheidet von uns einer unserer anerkanntesten und bewährtesten jungen Politiker, der wesentlich dazu beigetragen hat, daß die junge Generation in verantwortlicher politischer Arbeit die Aufgaben der Gesamtpartei mitgestalten könnte. Für diese keine Schwierigkeiten und persönliche Anstrengungen schneidende Tätigkeit wissen wir ihm zu danken."

Als Nachfolger von Dr. Six bin ich zum Vorsitzenden des Deutschland-Rates gewählt worden. Ich betrachte diese Berufung als Ausdruck der Verbundenheit der JU in den Westzonen mit denjenigen Freunden im Bereich der Ostzone und Berlins, die hier für die Idee von Freiheit, Gerechtigkeit und Menschlichkeit im härtesten Kampf stehen. Als letzter gewählter Vorsitzender der JU der Ostzone halte ich für die vordringlichste Aufgabe der JU, trotz aller politischer Schwierigkeiten das Bewußtsein gesamtdeutscher und darüber hinaus europäischer Verbundenheit zu fördern, denn nur so können wir dem aggressiven Kommunismus ein entschiedenes "Halt" bieten.

Zur Lösung aber dieser Aufgaben brauchen wir das Vertrauen und die aktive Mitarbeit weiter Kreise der jungen Generation. Ein vertrauliches Zusammenstehen der jungen Generation herbeizuführen, soll unser nächstes Ziel sein. In diesem Sinne grüße ich die JUNGE UNION in allen deutschen Ländern."

Nachrichten aus den Landesverbinden:

In einem offenen Brief der JU Nordrhein-Westfalen an die CDU/CSU-Fraktion des Parlamentarischen Rates heißt es u.a.: "Mit Aufmerksamkeit verfolgt die JU die Verhandlungen über die rechtliche Stellung der Frau im privaten und öffentlichen Leben in der zukünftigen Bundesverfassung. Die Anforderungen im sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereich belasten heute Mann und Frau in gleicher Weise. In Anerkennung der berechtigten Ansprüche der Frau fordert daher die JU des Landes Nordrhein-Westfalen die gleichen Grundrechte für alle Staatsbürger."

Die 3. Landestagung der JU Nordrhein-Westfalen findet am 16.1.1949 in Oberhausen statt. Am 15.1.1949 treffen sich die Kreis-Sprecher der JU Westfalen ebenfalls in Oberhausen.

Die JU Süd-Baden griff unter der Parole "Keine Versammlung ohne JU" anlässlich der Kreis- und Gemeindewahlen in tatkräftiger Weise in den Wahlkampf ein. In über 300 Versammlungen sprachen Vertreter der JU. In die neu gewählten Kreis- und Gemeinderäte ziehen nun auch in erfreulicher Anzahl Vertreter der JU ein.

Der Jahreskongress der Schweizer Jungkonservativen und Jungchristlichsozialen wählte den durch seine Teilnahme am Kongress junger Christlicher Politiker in Soest i.W. auch in weiten Kreisen der JU bekanntgewordenen Dr. Leo Schürmann, Solothurn, auf weitere 2 Jahre zum Bundesobmann.

Eine Schweizer Stimme zu Königstein

Unter der Überschrift "Gesten und Entwicklungen" nahm die freisinnige Baseler "National-Zeitung" zur letzten Tagung des Deutschland-Rates u.a. wie folgt Stellung:

"Unter der Überschrift "Die Ostzone im Deutschland-Rat der Jungen Union" ging in den letzten Tagen eine Meldung durch die deutsche Presse, die sich mit der Tagung des Deutschland-Rates der Jungen Union in der CDU am 17. November 1948 in einer westdeutschen Stadt beschäftigte. Der Verlauf dieser Tagung brachte, ganz unabhängig von jeder Parteipolitik, sehr charakteristische Tendenzen für gewisse politische Entwicklungen in Deutschland zum Vorschein, die nicht unbachtet bleiben dürfen.

Es ist durchaus verständlich, daß bei dieser Tagung der tapferen Einwohner Berlins und der Bevölkerung der Ostzone (in der die Junge Union ihre Tätigkeit aus Protest seit Februar dieses Jahres eingestellt hat) gedacht wurde. Besonders herzlich wurden Gäste begrüßt, die ihrer politischen Einstellung wegen ihre Heimat in der Ostzone verlassen hatten. Soweit ist alles in Ordnung. Bedenklich wird die Angelegenheit nur, wenn - wie bei dieser Tagung und in zahlreichen anderen Fällen während der vergangenen Wochen und Monate - diese Gäste aus der Ostzone immer wieder die ihnen vom Westen entgegengebrachten Sympathien in geschickter Weise auszunutzen und Positionen zu erreichen versuchen, die es ihnen ermöglichen, auch in rein westdeutsche Angelegenheiten entscheidend mit einzutragen. Hier wird man in un-

angenehmer Weise an vergangene Jahre und Jahrzehnte erinnert, an jene gewisse Arroganz, die man als "typisch preußisch" im schlechten Sinne zu bezeichnen pflegte. Davon sollte das Deutsche Volk aber doch wirklich mehr als genug haben. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, ob es den föderalistischen Kräften im deutschen Westen und Süden überhaupt einmal gelingen wird, sich in Deutschland entscheidend durchzusetzen.

Wenn die Junge Union nun an Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Dr. S i x Köln, einen Vertreter der Ostzone an ihre Spitze berufen hat, so war dies zweifellos eine Geste - eine Geste allerdings, über deren Absichten und Hintergründe man geteilter Meinung sein kann. Die junge Union sollte erkennen daß Gesten in unserer harten Zeit für reale Politik nicht genügen, daß sie sich vielmehr neben allen möglichen Sympathie-Kundgebungen für die Ostzonendeutschen mit aller Kraft für den staatlichen Neuaufbau des deutschen Westens einzusetzen muß."

Statt eines Kommentars zitieren wir im folgenden die Stellungnahme, die der DEUTSCHLAND-UNION-DIENST am 18.11.1948 im Anschluß an seinen Bericht über Königstein im Pressedienst veröffentlicht hat:

"Die Neuwahl des Vorsitzenden des Deutschland-Rates der JUNGEN UNION bedeutet einen Abschnitt in der Geschichte dieser jungen christlich-demokratischen Bewegung. Dr. Bruno S i x, der bisherige Vorsitzende, hat der JUNGEN UNION das geistige Gesicht gegeben und sie zum wachen Gewissen der politischen Jugend der Nachkriegszeit gemacht.

Wenn jetzt mit Fred S a g n e r ein Vertreter des kämpfenden Berlins und der Ostzone an die Spitze der JUNGEN UNION tritt, so darf man das als Bekennnis der christlich-demokratischen Jugend zu ihren auf vorgeschobenen Posten arbeitenden Schwestern und Brüdern betrachten. Darüber hinaus aber kommt das Bestreben der jungen Politiker in der CDU/CSU zum Ausdruck, nach der geistigen Klärung umfassender Probleme sich der praktischen Lösung politischer Nahziele zu widmen. Eines dieser Nahziele ist z.Zt. die Straffung und Ausfeilung der Organisation im Hinblick auf die bevorstehenden politischen Entscheidungen. Fred Sagner mit seinen organisatorischen Gaben scheint der Mann zu sein, die Arbeiten zur Erreichung dieses Nahziels grundlegend voranzutreiben."

Grundforderungen der JUNGEN UNION zur Sozialpolitik

Auf einer der nächsten Tagungen der JUNGEN UNION DEUTSCHLANDS werden die sozialpolitischen Grundforderungen der JU besprochen werden. Aus diesem Grunde wird hier als Diskussionsgrundlage noch einmal die von der Arbeitsgemeinschaft der Südwestdeutschen Landesverbände am 17.10.1948 in Leimen beschlossene Fassung mitgeteilt.

- I. Die soziale Frage stellt das brennende Problem unserer Zeit dar. Das überwiegend materialistische, unchristliche Denken des letzten Jahrhunderts hat zu großen wirtschaftlichen und sozialen Spannungen geführt. Die Mehrzahl der schaffenden Menschen verlor Besitz und Selbständigkeit und geriet in ein abhängiges Arbeits- und Lohnverhältnis. Dadurch entstand eine Schicht wirtschaftlich - und damit auch gesellschaftlich nicht gleichberechtigter Menschen.

Die Theorien des Kapitalismus und Marxismus sind gescheitert. Die gemeinschaftszerstörende Lehre, daß Rohstoff, Maschine und menschliche Arbeitskraft auf gleicher Ebene ständen und die menschliche Arbeitskraft nur ein Produktionsmittel sei, hat das christliche Denken immer mehr aus dem Herzen der Arbeiter verdrängt.

Der Kampf geht heute darum, Menschenrecht und Menschenwürde gegen kapitalistische und kollektivistische Machtansprüche zu verteidigen. Es darf keine Herrschaft des Kapitals über der Menschen geben. - Weder in der Form des Privatkapitalismus noch des Staatskapitalismus. Kapital und Arbeit haben vielmehr dem Mensch zu dienen.

II. Die JUNGE UNION bekennt sich daher zu dem Grundsatz, daß der Wert jedes Menschen von Natur aus höher steht, als der Wert aller anderer Dinge der Erde. Seine Persönlichkeitsrechte sind unbeschadet seiner Verantwortung und seiner Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft gottgegeben und daher unveräußerlich. Diese Tatsache bestimmt die sozialpolitischen Grundforderungen der JUNGEN UNION:

1. Ziel und Mittelpunkt aller wirtschaftlichen Bestrebungen ist der Mensch. Der Staat und die von diesem beauftragten Stellen haben die Aufgabe, alle Maßnahmen zu treffen, um das Recht jedes Einzelnen auf Arbeit zu verwirklichen. Diesem Recht auf Arbeit entspricht andererseits die Verpflichtung, die geistigen und körperlichen Kräfte so zu entfalten, wie das Wohl der Gesamtheit erfordert.
2. Die Verwirklichung dieses Grundrechtes ist Aufgabe einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung. Der Mensch ist nicht nur Produktionsmittel, sondern auch im Betrieb Träger unverlierbarer Persönlichkeitswerte.
3. In einer sozialen Ordnung darf der Ertrag des Betriebes nicht allein dem Unternehmer zustehen, während der Verlust in Gestalt von Entlassung, Arbeitseinschränkung und Lohnkürzungen auf den Arbeitnehmer abgewälzt wird. Der Arbeitnehmer hat das Recht auf einen gerechten und für seine Familie ausreichenden Lohn, sowie auf die seiner Leistung entsprechende Beteiligung am Ertrag. Auch die Einführung neuer Produktionsmethoden darf nicht zur Vernichtung menschlicher Existenz führen. Die JUNGE UNION fordert deshalb die Sicherung des Arbeitsplatzes für jeden schaffenden Menschen, Maßnahmen für eine Voll- und Dauerbeschäftigung sowie Erhaltung und Förderung der menschlichen Arbeitskraft.
4. Zur Erreichung dieses Ziels strebt die JUNGE UNION weitere Ausgestaltung und Vervollkommenung des Arbeitnehmer-Schutzrechtes an, das vor allem für Frauen, Jugendliche und Körnerbeschädigte Hilfe und Schutz gewähren soll.
5. Die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebes entscheidet über Sein oder Nichtsein zahlreicher Männer, Frauen und Kinder. Es entspricht daher dem christlichen Weltbild, wenn die arbeitenden Menschen in der Führung des Betriebes in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen beteiligt werden, ohne dadurch die wirtschaftliche Initiative des Unternehmers zu unterbinden. Die Durchführung dieses Mitbestimmungsrechtes erfordert gegenseitiges Vertrauen, das zur Überwindung des Klassenkampf-Gedankens führt.

Nr. 1

6. Die JUNGE UNION lehnt den Klassenkampf ab, da er ein Ringen um die Macht bedeutet, den sozialen Frieden stört und den gesellschaftlichen Neuauftbau verhindert. Unser Ziel ist soziale Gerechtigkeit und nicht einseitige Klassenherrschaft.
7. Wir vertreten den Gedanken einer einheitlichen Gewerkschaftsbewegung als Vertretung der berechtigten Interessen der Arbeitnehmer unter Vermeidung jedes Mißbrauchs zu parteipolitischen und weltanschaulichen Zwecken. Aufgabe jedes einzelnen Arbeitnehmers ist daher die verantwortungsbewußte Mitarbeit in den Gewerkschaften.
8. Die Erhaltung und Förderung des deutschen Sozialversicherungswesens sehen wir als hohe Verpflichtung an. Die Sozialversicherung muß dem arbeitenden Menschen im Falle der Krankheit, des Unfalls, der Arbeitsunfähigkeit, des Alters und der Arbeitslosigkeit die notwendige Hilfe und Lebensmöglichkeit gewähren. Ihre größtmögliche Leistungsfähigkeit für den schaffenden Menschen ist sicherzustellen. Die Selbstverwaltung der Sozialversicherung ist im Interesse der Versicherten wiederherzustellen und zu erhalten.
9. Der Ausgestaltung des sozialen Wohnungsbaus wendet die JUNGE UNION ihre besondere Aufmerksamkeit zu. Staat, Gewerkschaften und Selbsthilfeinrichtungen haben alle geeigneten Anstrengungen zu treffen, um durch Verwirklichung eines großzügigen Wohnungsprogramms weiteren Wohnraum zu gewinnen, als wesentliche Voraussetzung für die anstrebbende soziale Befriedigung innerhalb unseres Volkes. Die Förderung und Erhaltung der Volksgesundheit ist anzustreben.
10. Erhaltung und Ausbau des Genossenschaftswesens liegt im Interesse weiter Kreise unseres Volkes. Die JUNGE UNION unterstützt daher alle Bestrebungen, die der Vervollkommenung dieser sozialen Einrichtung dienen.
11. Unsere größte Sorge gilt der Millionenzahl von Ostvertriebenen und Opfern des vergangenen Krieges. Ihnen Heimat und Beruf wieder zu geben, muß daher mit allen Mitteln angestrebt werden. Unsere ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen, soll uns höchste Verpflichtung sein. Die Durchführung des Lastenausgleichs als Rechtsanspruch muß in den Dienst dieser Aufgabe gestellt werden.